



Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

Antisemitismus

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat unter Bezug auf die FES-Mitte-Studie 2016 herausgearbeitet, dass zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus geben. Nach den Analysen der Autor*innen sind antisemitische Bilder in allen Altersstufen in allen gesellschaftlichen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft sowie gesellschaftlicher Minderheiten abrufbar. Demnach äußert sich Antisemitismus oft verdeckt und in vielschichtigen Erscheinungsformen. Gleichzeitig wird Antisemitismus politisch und gesellschaftlich als insgesamt wenig bedeutsam erachtet und die (immer noch) weit verbreiteten Stereotype häufig bestritten. Der Bericht stellt heraus, dass die Relevanz von Diskriminierungen und das Schutzbedürfnis jüdischer Gemeinden ausschließlich historisch begründet und gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Wirkung oft nicht erkannt oder ernst genommen werden.

Wie möchte Ihre Partei die Forderungen und Empfehlungen des aktuellen Antisemitismusberichts umsetzen? Insbesondere in Bezug auf

- **das Monitoring antisemitischer Einstellungen und die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffen oder Vorfällen in der Gesellschaft,**
- **Jüdinnen und Juden in institutionalisierte Diskurse in Expertengremien, Förderprogrammen, politische Bildung einzubeziehen und den Diskurs „über“ aufzubrechen,**
- **die Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der eigenen Partei,**
- **bessere Rahmenbedingungen für die Prävention in der historisch-politischen Bildungsarbeit,**
- **Voraussetzungen für eine langfristig ausgerichtete und verlässliche Förderung von Bildungsprojekten zum Thema Antisemitismus und**
- **die Einsetzung einer*s Antisemitismus-Beauftragten.**

Demokratieförderung

Demokratie bedeutet bei nahezu allen politischen Parteien zuerst Wahlen und damit die Legitimierung parlamentarischen Handelns. Neben dieser Herrschaftsform kann Demokratie auch als eine Gesellschafts- und eine Lebensform verstanden werden. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Schulen, Straßen, Marktplätze und Parks sind damit Teil der Demokratie, sie sind für alle da und alle tragen dafür Verantwortung. Eine gesicherte und gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an diesen Systemen und Orten sollte deshalb ebenso Teil von Demokratie sein wie die Mitbestimmung darüber, wie wir zusammenleben wollen.



- **Abgesehen von Wahlen, wie möchte Ihre Partei ein demokratisches Miteinander auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Austausch von Zivilgesellschaft und Politik fördern?**
- **Welche Formen politischer Partizipation möchten Sie stärken?**

Unsere Demokratie wird von Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Islamismus und diskriminierender Hetze bedroht. Viele dieser Einstellungen nehmen im Alter zu. Organisationen wie Gesicht Zeigen! richten sich in ihrer politischen Bildungsarbeit gegen diese Tendenzen. Präventive Bundesprogramme für Demokratie und gegen Extremismus basieren aber auf den Richtlinien des Kinder- und Jugendplans, weil es keine eigene gesetzliche Grundlage gibt. Damit können wir ältere Gesellschaftsschichten nicht erreichen. Die bisherige Förderung der Bundesprogramme sieht zudem im Wesentlichen die Förderung von Modellprojekten vor: Wir haben aber hervorragende und erprobte Konzepte für die präventiv-pädagogische Praxis, die wir ausbauen und verstetigen müssen. Dafür brauchen wir eine stabile Grundlage, die mehr Nachhaltigkeit und Planungssicherheit schafft.

- **Welche Formen der Demokratieförderung in Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung möchte Ihre Partei durchführen?**
- **Wie positionieren Sie sich zu einem Demokratiefördergesetz wie es die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland, die Türkische Gemeinde Deutschland und Deutsch Plus bereits im Jahr 2016 gefordert haben?**

Bildung und Bildungsbenachteiligung

In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft so stark wie kaum eine andere Kategorie über die Bildungschancen. Von 100 Arbeiterkindern studieren 12, von 100 Akademikerkindern 74. Diese Benachteiligung liegt auch an der frühen Trennung der Schulkinder in verschiedene Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) und wirkt sich zusammen mit anderen Faktoren wie einer bildungsfernen Herkunft oder rassistischer Diskriminierung extrem nachteilig aus, zum Beispiel für Kinder von eingewanderten Menschen. Faktoren wie die Arbeitslosigkeit von einem oder mehrerer Elternteile, einkommensschwache Haushalte oder der Wohnort können sich zudem nachteilig auf den Bildungsweg auswirken.

- **Wie möchte Ihre Partei konkret sicherstellen, dass schulische und außerschulische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, ihrer Herkunft, ihres Wohnortes und ihrer individuellen Lernvoraussetzungen zugänglich sind?**
- **Wird Ihre Partei die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Bezug auf ein gemeinsames Lernen von Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen durchsetzen? Welche Maßnahmen sollen ein gemeinsames Lernen ermöglichen?**
- **Wie möchte Ihre Partei ganz konkret die Arbeitsbedingungen von Lehrer*innen und jedem pädagogischen Personal an Schulen verbessern?**



- **Was möchte Ihre Partei für eine bessere Qualifizierung in Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Personal im Bildungsbereich tun – besonders im Hinblick auf didaktisches Wissen und methodische Kompetenzen in einer zeitgemäßen Demokratieförderung?**

Hate Speech und Diskriminierungen im Netz

Hassrede soll Menschen verunglimpfen und herabsetzen. Sie fördert Diskriminierungen und Hetze gegen bestimmte Menschengruppen und ruft zu Gewalt gegen sie auf. Gesicht Zeigen! sieht den Umgang mit dieser Hasskriminalität als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Mit der Übertragung der Verantwortung für das Erkennen und Löschen von strafrechtlich relevanten Inhalten auf die Plattformbetreiber allein ist dem Problem nicht beizukommen. Damit erreichen wir nicht die Täter und bekämpfen vor allem nicht die Ursachen von Hasskriminalität. Aufklärung, Prävention, Dialog und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Werte unserer Demokratie sind dringend nötig.

- **Wie möchte Ihre Partei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgehen bzw. welche Gesetzesänderungen sehen Sie vor?**
- **Wie plant Ihre Partei sowohl die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz als auch die Betroffenen von Hasskriminalität zu schützen?**
- **Was plant Ihre Partei, um Hassrede, Diskriminierungen und Menschenfeindlichkeit im Netz entgegenzuwirken und eine respektvolle Netzkultur zu fördern?**

Migration

In den letzten Jahren sind so viele Menschen wie nie zuvor nach Deutschland eingewandert, darunter ebenso EU-Bürger*innen oder Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan. Für sie gilt ein nahezu undurchsichtiger Paragraphendschubel aus Integrations- und Zuwanderungsgesetz und Asylgesetzgebung, die überwiegend eine abschreckende Wirkung für Migrant*innen entfalten und zum Teil menschenunwürdige Zustände beispielweise in Flüchtlingsheimen hervorbringen. Inzwischen haben 21 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Als Einwanderungsland leben wir von der Vielfalt an Erfahrungen, Lebensweisen, Kompetenzen und Identitäten, die diese Menschen mitbringen und haben. Die Selbstverständlichkeit von Zuwanderung sollte sich auch in ihrer gesetzlichen Regelung widerspiegeln und insbesondere im Falle Geflüchteter im Einklang mit humanitären Prinzipien stehen.

- **Welche Schritte plant Ihre Partei, um ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen?**
- **Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, eine positive Kultur der Zuwanderung und die Anerkennung von Diversität in Deutschland zu befördern?**
- **Was plant Ihre Partei, um dafür Sorge zu tragen, dass diese Diversität, v. a. in Bezug auf verschiedene kulturelle Herkunft, auch bei Lehrkräften in Bildungseinrichtungen abgebildet wird?**



- **Wie positionieren Sie sich zu Abschiebungen in Länder wie Afghanistan, in denen das Leben von Menschen bedroht ist?**
- **Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür Sorge zu tragen, dass alle Geflüchteten in menschenwürdigen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Unterkünften untergebracht werden?**

Rechtsextremismus und rechte Gewalt

Rechtsextremisten lehnen die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen ab, sie verbinden inhumane, ausgrenzende und diskriminierende Elemente wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und Autoritarismus und richten sich damit gegen unsere demokratische Gesellschaft. Rechtsextremismus weitet sich weiterhin in Deutschland aus, auch gewalttätige Übergriffe nehmen zu. So gab es im Jahr 2016 allein 3774 Angriffe auf Asylsuchende und durchschnittlich alle drei Tage einen Brandanschlag. Pegida, Reichsbürger, Identitäre, Afd und NPD bezeugen die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Offene Fragen aus sämtlichen NSU-Untersuchungsausschüssen belegen zudem strukturelle Schwierigkeiten im Erkennen und im Umgang mit rechter Gewalt.

- **Wie möchte Ihre Partei die gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode umsetzen? Wie planen Sie mit den noch bestehenden offenen Fragen zur Mordserie des NSU und der Verantwortung der Behörden umzugehen?**
- **Wie will Ihre Partei zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Vorurteile einsetzen, finanziell absichern und politisch unterstützen, um ihre dringend notwendige Arbeit langfristig zu gewährleisten?**
- **Wie möchte Ihre Partei erreichen, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren?**